

Zeit für eine globale Finanzreform

Ein Konferenzbericht aus Bangkok

von Jost Wagner

Vom 23. bis 26. März 1999 trafen sich über 250 AkademikerInnen, PolitikerInnen und VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und sozialen Bewegungen in der thailändischen Metropole Bangkok, um über die Reform der internationalen Finanzsysteme zu diskutieren. Ausgerichtet wurde die Konferenz von Focus on the Global South, Development Alternatives for Women in a new Era (DAWN) und Structural Adjustment Program Review Initiative Network (SAPRIN) mit Unterstützung zahlreicher anderer Organisationen. Jost Wagner faßt die Ergebnisse der Konferenz zusammen.

Nach dem Aus der Verhandlungen für ein Multilaterales Investitionsabkommen (MAI) im Rahmen der OECD konzentrieren sich nun viele Anstrengungen von NRO und sozialen Bewegungen darauf, alternative Modelle und Strategien für eine sozial-gerechte und ökologisch-zukunftsfähige Weltwirtschafts- und -finanzordnung zu entwickeln. Bedingt durch die Asienkrise und angesichts der Tatsache, daß immer mehr Entwicklungsländer von Finanz- und Wirtschaftskrisen heimgesucht werden, ist in den letzten zwei Jahren eine rege Debatte über die Reform der internationalen Finanzarchitektur in Gang gekommen.

Für Professor Walden Bello von Focus on the Global South läßt sich die Diskussion in drei Schulen oder Ansätze unterscheiden, die aber stark voneinander in ihrer Intensität und Reichweite abweichen. Die erste Schule, so Bello, verfolgt den »It's the wiring, not the architecture approach«. Die Anhänger dieses Ansatzes haben wenig an der Architektur des internationalen Finanzsystems auszusetzen, fordern aber eine Verbesserung des Informationsflusses, um Fehlentwicklungen wie die Asi-

enkrise zu verhindern. Typische Vorschläge von VertreterInnen eines solchen Ansatzes sind z.B. transparente Entscheidungsprozesse und eine Verbesserung der Bankenaufsicht.

Die zweite Schule nennt Bello »Back to the Bretton Woods System«. AnhängerInnen dieser Schule, auch von Bello als globale Keynesianer bezeichnet, fordern Transaktionssteuern auf Kapitalflüsse wie z.B. die Tobin-Steuer und andere Kapitalverkehrssteuern. Diese Maßnahmen sollen durch nationale und regionale Maßnahmen ergänzt werden wie z.B. die Kapitalverkehrskontrollen in Chile oder Malaysia oder die Gründung eines Asiatischen Währungsfonds. Von den beiden Bretton Woods-Zwillingen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) sowie der Welthandelsorganisation (WTO) werden mehr Transparenz, Demokratie und Rechenschaftspflicht verlangt. Auch wird in diesem Kreise die Einrichtung einer Weltfinanzbehörde (WFA) diskutiert, die Regeln und Mechanismen für die internationalen Finanzströme entwickelt, überwacht und gleichzeitig als Kontrollinstanz für international agierende Finanzfirmen dienen soll.

Die dritte Schule nennt Bello die »It's the Development Model, Stupid!«-Schule. Ihre AnhängerInnen verbinden ihre Forderung nach Kapitalverkehrskontrollen mit einer fundamentalen Kritik am neoliberalen Wirtschaftsmodell. Institutionen wie

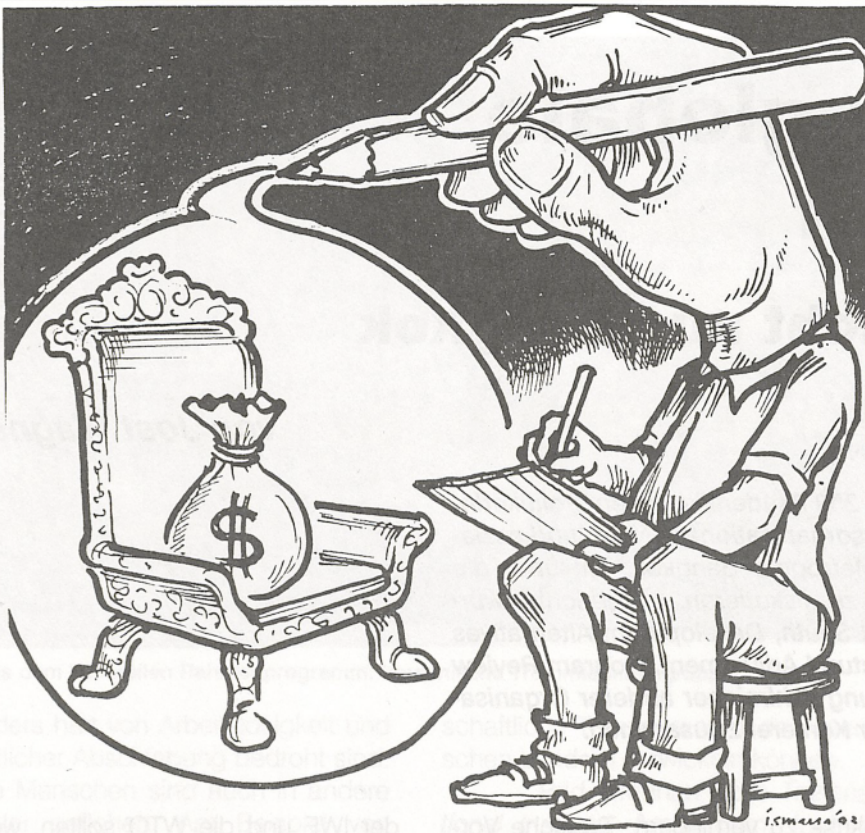
der IWF und die WTO sollten, wenn nicht reformierbar, abgeschafft werden. Die überwiegende Zahl der TeilnehmerInnen auf der Konferenz konnten sich wohl den beiden letzteren Schulen zuordnen.

Vorschläge für eine neue internationale Finanzarchitektur

Das vorrangige Ziel der Konferenzorganisatoren war, Vorschläge für eine neue internationale Finanzarchitektur vorzustellen und zu diskutieren, die die menschliche und ökologische Entwicklung vor reine Wirtschaftsinteressen stellt. In fünf großen Plenarsitzungen wurden einführnde Referate gehalten, während in zehn Foren, die teilweise zeitgleich stattfanden, Alternativen, Lösungsstrategien und Umsetzungsmöglichkeiten debattiert wurden. Die Diskussionen wurden dann in kleinen Arbeitsgruppen weiter vertieft.

Neben internationalen Maßnahmen wie z.B. der Tobin-Steuer und anderen Kapitalverkehrskontrollen, einem internationalen Insolvenzrecht, der Entschuldung der Entwicklungsländer und der Einrichtung einer internationalen Finanzaufsichtsbehörde wurden insbesondere nationale Regulierungsmaßnahmen und regionale Ansätze wie lokale Währungssysteme (LETS), alternative Lebensstile und Kooperativen diskutiert. Die Teilnahme

Der Autor ist Leiter des Projektes Ost-/Südostasien am Trierer Institut fächerübergreifenden Studierens und Forschens und Mitarbeiter im Asia-Europe Dialogue Project der Heinrich-Böll-Stiftung.



zahlreicher VertreterInnen von Graswurzelbewegungen wie z.B. vom thailändischen Armennetzwerk *Forum of the Poor* garantierte, daß die Diskussionen nicht nur auf einer rein akademischen Ebene geführt wurden.

Einig waren sich alle TeilnehmerInnen in der Notwendigkeit, nationale und lokale Handlungsmöglichkeiten zurückzugewinnen um alternative Entwicklungsmodelle und -ansätze umsetzen zu können. Kamal Malhotra von *Focus on the Global South* betonte, daß das einzig positive an der Asienkrise sei, daß sie die Gele-

genheit biete, das internationale Wirtschaftssystem grundsätzlich zu hinterfragen. So wurde im Forum über den »Washington Consensus« — dem Konsens, daß der freie Markt das richtige Rezept sei um aus armen Ländern reiche Länder zu machen — die Frage aufgeworfen, wie groß die Möglichkeiten für ein neues Entwicklungsparadigma seien, das soziale und ökologische Nachhaltigkeit zumindest gleichwertig neben ökonomische Ziele stellt.

Viele Teilnehmer zitierten Beispiele, wo der Washington Consensus zumindest verbal von früheren Protagonisten der freien Marktwirtschaft in Frage gestellt wurden. So hat beispielsweise der Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, einen »Post-Washington Consensus« gefordert, der »Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie« als Leitlinien propagiert. Auch Jagdish Bhagwati, Professor an der renommierten US-amerikanischen Columbia-Universität und bisher auch ein »Hohepriester des Neoliberalismus« (Pierre Bourdieu), hat die einseitige Ausrichtung der amerikanischen Finanzpolitik auf das Wohl der Wall Street scharf kritisiert. Malhotra betonte, daß dieser Lernprozeß von den sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen aktiv vorangetrieben werden müsse.

Manfred Bienefeld, Professor von der Carleton-Universität in Kana-

da warnte diesbezüglich die asiatischen TeilnehmerInnen davor, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zu glauben, daß die asiatische Krise ihren zentralen Ursprung in Fehlern und Inkompetenz ihrer Politiker hat; Stichwort: crony capitalism. Auch wenn Politiker ein Teil des Problems sind, so Bienefeld weiter, dürfen sich die nationalen Regierungen nicht den Liberalisierungsprogrammen des IWF unterwerfen. Sonst wäre eine »Lateinamerikanisierung Asiens« die Folge. Die Zivilgesellschaft muß die politischen Kräfte unterstützen, »... die fähig und gewillt sind, sich für eine relativ integrierte, sozial gerechte und kulturbewahrende nationale Entwicklungsstrategie einzusetzen, die die Lebensqualität ihrer BürgerInnen zum Ziel hat. Es gibt keine andere Lösung.«

Als Fazit ist festzuhalten, daß knapp zwanzig Monate nach Ausbruch der sogenannten Asienkrise eine Diskussion über die Re-Regulierung der internationalen Finanzströme keinen Tabubruch mehr darstellt, zumindest nicht für eine stetig wachsende Zahl von AkademikerInnen, FinanzexpertInnen und PolitikerInnen. Vorschläge für eine globale Finanzreform stehen mehr und mehr auf dem Fahrplan vieler Regierungen. Jüngstes Beispiel ist der Auftrag des kanadischen Parlaments an die kanadische Regierung, sich im Rahmen des G7/G8-Gipfels in Köln für die Einführung der Tobin-Steuer einzusetzen. Auch Finnland, das in wenigen Monaten den EU-Vorsitz innehaben wird, hat eine solche Devisenumsatzsteuer in sein Programm aufgenommen. Ohne starken öffentlichen Druck von seiten der Zivilgesellschaft sowohl in den Industrieländern, als auch in den Ländern des Südens sind nur kleine Schönheitskorrekturen im Sinne von Walden Bellos erster Schule zu erwarten. Die Bangkokener Konferenz war deshalb ein wichtiges Treffen, um Ideen und Erfahrungen auszutauschen und die Kräfte der Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen zu bündeln. Die Reformbereitschaft der großen Industrienationen wird sich auf dem Kölner G7/G8-Gipfel im Juni zeigen. Eine wirkliche Abkehr vom Washington Consensus wird aber sicherlich noch Jahre dauern.

P.S. Übrigens werden die Konferenzpapiere demnächst auf Englisch bei ZED Books erscheinen.

— Anzeige —

BAHAMAS

Nr. 28 Frühjahr 1999

Von Menschen- und Völkerrechten

Zum Stand der kurdischen Sache

- Vom Mißgeschick des Demokratieretters: Pinochet
- Eine kursorische Geschichte der UCK
- Nachhut und Avantgarde: Rumänische Bergarbeiter
- Hessenwahl: Jugend gegen Ausländer
- Über den „Dritten Weg“
- Vom Verschwinden des Gebrauchswerts zur politischen Ökonomie der Gerechtigkeit
- u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorkasse/Briefmarken)

Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;

BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin

Fax/Fon: 030 / 623 69 44